



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

21 (14.1.1919) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-183352](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-183352)

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptredaktion: Dr. Frh. Soltenbaum, Verlagsdirektor für Politik; Dr. Frh. Soltenbaum, für Feuilleton; Hans Söfgen, für Lokal- und den übrigen redaktionellen Teil; Richard Schöpseder, für Kunst; Franz Krieger, für Anzeigen; Anton Grisek, Druck- und Verlag; Dr. Hans Mannheimer, General-Anzeiger G. m. b. H., im Mittel in Mannheim, Druck-Abt. General-Anzeiger Mannheim, Dillbühl-Weg Nr. 2917, C. 2917, C. 2917, C. 2917.

Badische Neueste Nachrichten Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die Spalt-Notenpreise für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 40 Pf., für Fern-Regelungen 45 Pf., für den Ausland: Monatsblätter vormittags 5 Pf., Abendsblätter nachmittags 2 Pf., für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreise in Mannheim und Umgebung monatlich 10 Pf., mit Belegkarte, Postbezug: Vierteljahr 4 Pf., einjährig 16 Pf., einjährig 30 Pf., einjährig 50 Pf.

Noch keine Ruhe in Berlin.

Die Lage.

Weder scheint die sozialdemokratische Reichsregierung in Berlin noch nicht im vollsten Maße Herrin der Lage zu sein. Wie die Dinge in den heutigen ersten Morgenstunden in der Reichshauptstadt liegen, konnten wir nicht feststellen. Das Fernsprechkabell hat in Berlin, an das unser Berliner Vertreter angeschlossen ist, ist etwa seit 7 Uhr früh, wie wir hören, von Spartakisten umzingelt. Auch gestern abend und in den Nachtstunden ist wieder heftig geschossen worden. Der Bürgerkrieg dauert also fort; die Regierung hat durch die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ eine Darstellung der Lage geben lassen, die viel zu optimistisch erscheint. Die Unsicherheit besteht weiter fort. Weder ist die Regierung gänzlich befreit, noch haben wir die jenseitige Gewissheit, daß die Wahlen zur Nationalversammlung ungestört stattfinden können, insoweit haben wir auch noch keine Gewissheit, daß wir bald zum Frieden kommen werden. Wir müssen uns begnügen, mit aller Kraft zu hoffen, daß die Bilanz des ersten Jahres sozialistischer Revolution bald, recht bald ein günstigeres Bild bietet, zu wünschen, daß schon die nächste Stunde uns die Kunde bringe, der Bürgerkrieg hat ein Ende.

Ein Blick in den Dunkel dieses zerreißenden und zerschneidenden Bürgerkrieges bieten immerhin die Wahlen in den süddeutschen Bundesstaaten. Auch in Bayern wird wie in Baden und Württemberg die bürgerliche Demokratie den Ausschlag zwischen den Parteien der sozialistischen Revolution und den Parteien des Beharrens geben. Wenn die Wahlen zur Nationalversammlung sich ungestört vollziehen können, wenn sie dann zu gleichen Ergebnissen führen wie die süddeutschen Wahlen, dann dürfen wir hoffen, daß die aus der sozialistischen Revolution herausgewachsene Anarchie bezwungen werde, in einer Koalitionsregierung der Staat wieder Macht gewinne, um Ordnung schaffen zu können. Aber freilich — das Bürgertum muß sich noch ungeheuer anstrengen, um zum Ziele zu gelangen, darf nicht in der „bequamen Verzweiflung“ dahindämmern, die manchem erschrockenen Bürgersmann jetzt als die gegebene Einstellung auf die Zeit erscheint, und muß vor allem viel geschlossener auftreten und viel mehr die richtige Front nehmen. Der heute die Korrespondenzen der bürgerlichen Parteien Tag für Tag liest, der wird uns zugeben, daß es einfach eine Schmach und Schande ist, wie sie sich untereinander befinden, Demokratische und Deutsche Volkspartei und Deutsch-nationale Partei usw., mit einer Schärfe und Bissigkeit oft, als hätten sie wirklich nicht das mindeste gemeinsame Interesse, als hätten sie gar keine anderen Aufgaben in dieser schweren vaterländischen Not, als sich gegenseitig in der Kälte und Anziehungskraft bei den bürgerlichen Wählern herabzusetzen, sich gegenseitig Mandate abzunehmen. Wir haben manche Nummer dieser Parteikorrespondenzen (auch der Demokratischen Partei) gelesen, in der Hieb über Hieb gegen die übrigen bürgerlichen Parteien ausgeübt wird und kein Wort fast gegen die sozialistischen Parteien gesprochen wird. Und doch kommt es schließlich darauf an, daß neben der Arbeiterklasse und ihren Parteien, die sich ihr Recht im neuen demokratischen Staat durch die Revolution erkämpft, die bürgerliche Klasse als solche sich ihren Einfluß und ihre Stellung wahrt.

Neue Schießerei im Zeitungsviertel.

Berlin, 13. Jan. (WB.) Mit Anbeginn der Dunkelheit wurde es im Zeitungsviertel wieder unruhig und in später Abendstunde, insbesondere zwischen 10 und 11 Uhr wurde das Schießen ziemlich heftig. Wie man hörte, sind in den Bodenräumen einiger Häuser noch immer Reste der Bolschewisten verharren, die in der Nacht auf die Dächer steigen und von dort aus die Schutzmaße der Zeitungsgedäude besetzen.

Berlin, 13. Jan. (WB.) Wie die „A. Z. a. M.“ hört, schweben über die Wiederaufnahme des Stadt- und Bahnverkehrs, der heute vollständig ruht, Verhandlungen. Die Vorzüge von Westen (Potsdam, Westend) fahren bis Charlottenburg, die von Osten her (Gruner, Straußberg, Grünau) bis zum Schießischen Bahnhof. Der Verkehr mit dem Nord- und Südring ist unregelmäßig. Der Fernverkehr ist wieder in beschränkter Maße aufgenommen. Das größte Hindernis für den Vollverkehr ist der Mangel an Achsen, Maschinen und Personal.

Die Flucht der Spartakisten.

Berlin, 13. Jan. (WB.) Der Kampf gegen die aus Berlin flüchtenden Spartakisten forderte gestern in Tempelhof unter Anbeteiligten eine Anzahl von Todesopfern. Die am Ringbahnhof Tempelhof postierte Wache hatte den Befehl, alle von Berlin kommenden Automobile anzuhalten und im Falle der Belagerung auf sie zu schießen. Mehrere Automobile kamen dem Befehl nicht nach, so daß die Posten von ihrer Waffe Gebrauch machen mußten. Ingesamt wurden hierbei durch abirende Kugeln 6 Menschen getötet.

Nach der Befehung des Schießischen Bahnhofes wurden durch die Regierungstruppen zahlreiche Personen befreit, die von den Spartakisten tagelang auf dem Bahnhof gefangen gehalten worden waren. Bei der Befreiung ging es sehr willkürlich zu. Wer verdächtig war, Nichtpartakist zu sein, wurde von der Straße weg verhaftet, zunächst nach dem Polizeipräsidium und von dort nach dem Schießischen Bahnhof gebracht und dort zu anderen in die Keller gesperrt, die von bewaffneten Weibern bewacht wurden. Zu essen gab es für die Gefangenen wenig, dafür mehr Mißhandlungen. Im Moabitler Untersuchungsgefängnis und in andern Gefängnissen Groß-Berlins sind außer den im Kampfe ge-

fangen genommenen Spartakisten 70 Spartakusleute, die an den Unruhen der verfloffenen Woche teilgenommen haben, eingeliefert worden.

Die Bewaffnung der Schuhmannschaft ist in den heutigen Morgenstunden wieder durchgeführt worden. Vorkünftig sind die Schuhleute mit Karabinern ausgerüstet. Die Schuhleute, die sämtlich wieder zum Dienst erschienen sind, werden jetzt im Verein mit 2000 Mann der Sicherheitswehr den Sicherheitsdienst, welcher in der letzten Zeit der Eichhornschen Herrschaft so furchtbar gelitten hat, wieder in Ordnung bringen.

Die verhafteten Spartakisten Ledebour und Dr. Meyer befinden sich in einem der früheren königl. Schloßer.

Die „Deutsche Allgemeine“ über die Lage.

Berlin, 13. Jan. (WB.) Die Befreiung der Berliner Regierung von der ständigen Bedrohung durch die bolschewistische Minderheit hat, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, eine inner- und außenpolitische Bedeutung. Das erste Mal seit Beginn der Revolution und seit Ausschreibung der Wahlen zur Nationalversammlung wissen wir, daß diese Wahlen auch tatsächlich stattfinden werden. Da Berlin und die Reichsregierung den Beweis ihres guten Willens und ihrer Kraft zur Staatsbildung und Staatserhaltung erbracht haben, ist es am Reiche, das Mißtrauen gegen Berlin aufzugeben und die Deutschen aller Stämme zur einheitlichen Mitarbeit am Neubau des Reiches aufzurufen. Nach außen ist mit der Ordnung in Berlin und der Sicherheit der Wahlen zur Nationalversammlung eine wichtige Vorbedingung des Friedens geschaffen. In Berlin wurde darüber entschieden, ob das russische Beispiel eine westliche Fortsetzung erfahren soll oder ob Deutschland stark genug ist, auch in der Niederlage Herr seines Geschicks und seiner Geschichte zu bleiben. Die deutsche auswärtige Politik hat einen aktiven Posten gewonnen. Die Gelehrten müssen verhandeln, und wir dürfen an einen neuen Frieden glauben, der uns in der Anarchie zu entschwinden droht.

Berlin, 13. Jan. (WB.) Wie wir hören, führte die Beteiligung von Marineoffizieren am Kampfe für die Regierung in der letzten Woche auch zu Verlusten. U. a. wurden der Leutnant z. S. Gohde und Leutnant d. Res. der Matrosenartillerie Bären bei dem Angriff gegen das Illsteinhaus schwer verwundet und sind gestorben.

Berlin, 14. Jan. (WB.) Wie aus Berlin gemeldet wird, wurde die dortige Wohnung Lieblinchts polizeilich untersucht.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Berlin, 14. Jan. (WB.) Ueber den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, der in unvoränderter Weise andauert, wird in verschiedenen Blättern berichtet: Die Zahl der Streikenden hat sich gestern auf rund 40 000 belaufen. Auf einer Anzahl Stellen hätten die Bergarbeiter gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Die bet. Stellen seien aber durch Spartakusleute, die einen Demonstrationstreik erzwingen wollten, wieder still gelegt worden.

Gegen den Terror.

Hamburg, 13. Jan. (WB.) Gestern veranstaltete die Arbeiterkassette unter der Beteiligung eines Teiles der Bürgerkassette gegen den Terror der Spartakisten und gegen Anarchie und Gewalttätigkeit und den Bolschewismus, sowie für die Demokratie und die Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann eine Kundgebung. Etwa 30 000 Männer und Frauen fanden sich am Sportplatz ein und begleiteten die Ausführungen der Redner mit begeisterten Kundgebungen. Der Umzug, dem die rote Fahne der sozialistischen Partei vorangetragen wurde, bewachte sich dann durch die Straßen der Stadt und löste sich auf dem Bahnhofspfad auf.

Die Rettung Rußlands.

Der ehemalige russische Ministerpräsident äußerte sich einem Vertreter des „Daily Telegraph“ gegenüber: Die Frage der russischen Regierungsform ist gegenwärtig nicht so wichtig als die Wiederherstellung der Ordnung. Zunächst muß eine militärische Diktatur gegründet werden, der sich dann ein Geschäftskabinet anschließt. Eine konstitutionelle Monarchie wäre am besten, jedoch muß das Volk zunächst durch Erziehung herangebildet werden. Ist der Friede erst im Lande, so werden die Naturschätze die Grundlage zum Vermögen des Volkes bilden. Ein Völkerverbund, der Rußland nicht einschließt, ist undenkbar; aber nur ein geordnetes Rußland kann in diesen Bund aufgenommen werden. Wenn der Verband nicht jetzt im Namen der Zivilisation den Bolschewismus vernichtet, wird dessen unheimlicher Einfluß sich allenthalben ausbreiten. 15 000 russische Offiziere sind seit Beginn der Revolution ermordet worden. Rußland selbst wird den Bolschewismus zur Strecke bringen; der Verband muß es nur mit Waffen und Munition unterstützen und Moskau und Petersburg besetzen. Ein Vorgehen von Odessa aus in keinem Umfange hat keinen Wert.

Die bedrohte Ostmark.

Berlin, 14. Jan. (WB.) Täglich laufen zahlreiche Kundgebungen aus Ost- und Westpreußen, Posen und Oberschlesien bei der Reichsregierung ein, in denen die deutsche Bevölkerung gegen die polnischen Annexionsbestrebungen Widerspruch erhebt und den unerwünschten Willen zum Ausdruck bringt, mit dem Deutschen Reiche vereint zu bleiben.

Die Bevölkerung Ost- und Westpreußens, Posen und

Schlesiens kann überzeugt sein, daß die Reichsregierung sich mit allen Mitteln dafür einsetzt, daß deutsche Gebiete nicht aus dem Reichsverbande ausgescheiden.

Die Wahlen in Bayern.

Wie in Baden.

München, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Nach dem bisherigen Wahlergebnis darf man sagen, daß die Mehrheits-Sozialdemokratie jedenfalls gegenüber den Resultaten früherer Wahlen einen bedeutenden, nicht nur auf die Erweiterung des Wahlrechts zurückzuführenden Stimmengewinn zu verzeichnen haben wird. Das kann niemanden überraschen, der politisches Gefühl in den Fingerringen hat. Ebensovienig wird sich der Kenner unserer bayerischen Verhältnisse verwundern, wenn das Zentrum in seinem neuen Gewand als Bayerische Volkspartei wahrscheinlich nur wenig geschwächt auf seinen Platz in der Volksvertretung zurückkehrt. Die Parteiverhältnisse im neuen bayerischen Landtag dürften sich wahrscheinlich nach einem ähnlichen Charakter bekommen, wie in Baden. Die beiden großen Parteien, Bayerische Volkspartei und Mehrheitssozialdemokratie, werden sich wahrscheinlich die Waage halten. Auch wird vermutlich keine von beiden für sich allein die Mehrheit im Landtag haben.

Eine Unbekannte in der Gleichung bildet allerdings noch der Bayerische Bauernbund, dessen Aussichten sehr schwer zu beurteilen sind. In manchen Gegenden in Niederbayern wird er ja wohl dem Zentrum Abbruch tun, aber in den Himmel werden keine Bäume auch hier nicht wachsen und in den anderen Kreisen werden seine Erfolge zweifellos in mäßigen Grenzen sich bewegen. Es ist ja auch noch sehr die Frage, ob der Bauernbund überhaupt auf die Dauer in der Gefolgschaft Eisners marschieren wird. Es werden sich hier bald Gegensätze, namentlich in wirtschaftlicher Natur, zeigen, die den Bauernbund in eine andere Richtung weisen. Ausschlaggebend, sozusagen das Zünglein an der Waage, werden, wenn nicht alles trägt, die übrigen bürgerlichen Parteien, vor allem aber die Deutsche Volkspartei, werden. Ihre Bedeutung und Verantwortung wird deshalb über das Gewicht ihrer Zahl hinausgehen. Sie wird es in der Hand haben, die innere bayerische Politik auf eine gewisse Mittellinie festzulegen und Experimente extremer Natur nach rechts und links zu verhindern. Auf solche Weise wird sie sich den Dank aller verdienen können, denn eine ruhige und geordnete Entwicklung unseres Vaterlandes, kommt sie unter der furchtbaren Last möglicherweise am Herzen liegt. Als erkennbar darf schließlich schon festgestellt werden, daß auch bei dieser Probe auf den Ernstfall sich wieder gezeigt hat, wie geringfügig in Wirklichkeit die Kräfte sind, welche links von der Mehrheitssozialdemokratie sich ausstoben, und daß ihr augenblicklicher Einfluß und der Lärm, den sie machen, in keinem Verhältnis stehen zu dem winzigen Häuflein ihrer Wahlfolgschaft.

München, 13. Jan. (WB. Amtlich.) Einstweiliges Wahlergebnis nach dem Stande von Montag abend 8 Uhr. Von 191 rechtsrheinischen Wahlkreisenverwaltungsbereichen liegen die einstweiligen Wahlergebnisse zum bayerischen Landtag für 147 Wahlkreiseverwaltungsbereichen vor. Hiernach entfallen auf die hauptächlichsten Parteien folgende Stimmen:

Bayerische Volkspartei	754 477
Sozialdemokratische Partei	696 433
Deutsche Volkspartei	312 182
Bayerischer Bauernbund	250 238
Nationalliberale und bayerische Mittelpartei	86 153
Unabhängigen	87 593
Mittelstandspartei	3 180
Interoffizierpartei	9 236

In diesen Zahlen sind die Wahlergebnisse von Nürnberg-Land und jene von München zum größten Teil enthalten. (Von 116 Münchener Wahlkreisen fehlen noch 39.) Dagegen liegen die Wahlergebnisse aus verschiedenen Städten, z. B. aus Augsburg, Würth, Würzburg, überhaupt nicht vor, so daß sich die Ergebnisse noch verschleppen können.

In der Annahme, daß durch die ausstehenden Resultate das Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zueinander sich nicht erheblich verändern, dürften als Ergebnis der Wahlen auf

Bayerische Volkspartei	55 Abgeordnete
Sozialdemokratische Partei	50
Deutsche Volkspartei	22
Bayerischer Bauernbund	18
Nationalliberalen	7
Unabhängigen Sozialdemokraten	4

entfallen.

München, 14. Jan. (Priv.-Tel.) Nach amtlicher Zählung in den zwölf Münchener Wahlkreisen und in München-Land haben sich folgende Zahlen ergeben:

Berufsinteroffiziere	2 668
Sozialdemokratische Mehrheitspartei	147 862
Mittelstandspartei	1 758
Unabhängige Sozialdemokraten	15 850
Deutsche Volkspartei	61 122
Soz. Mittelstandspartei	1 108
Nationalliberale und Mittelpartei	4 509
Bauernbund	282
Bayerische Volkspartei	81 080

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 319 059, davon 317 600 gültige und 1960 ungültige Stimmen.

Keine Klassenherrschaft — aber das Wohl Aller

das muß das Ziel einer demokratischen Politik sein.

Deshalb wählt die Deutsche Demokratische Partei.

Die Friedensverhandlungen.

Paris, 13. Jan. (Havas.) Ein Mitglied des Friedenskongresses erklärte einem Vertreter des „Echo de Paris“: Aus dem ersten Meinungsaustausch habe sich der lebhafteste Wunsch der Entente nach möglichst raschem Abschluß des Friedens ergeben. Die Sitzung sei auf heute verschoben worden, da es unmöglich gewesen sei, verschiedene Memoranden ins Englische zu übertragen.

Die neuen Bedingungen für die Verlängerung des Waffenstillstandes scheinen wirtschaftlicher, finanzieller und militärischer Natur zu sein.

Washington, 13. Jan. (A. S.) Havasmeldung. Die amerikanischen Farmer werden eine Abordnung von 7 Mitgliedern nach Paris senden; dies steht im Zusammenhang mit der Friedenskonferenz.

Bern, 13. Jan. (A. S.) Die „Giornale d'Italia“ erzählt, hat der Papst im Manuskript eine Denkschrift über die vatikanischen Fragen herstellen lassen, die in wenigen Exemplaren dem englischen Gesandten im Vatikan, sowie den amerikanischen Botschaften in Frankreich, Italien und England überreicht wurde.

Zum Ablauf des Waffenstillstandes.

Berlin, 13. Jan. (A. S.) Zum Ablauf des Waffenstillstandes stellt die „Berliner“ Tatsachen zusammen, welche beweisen, daß die Entente beabsichtigt ist, in einschneidender Weise die Notlage des deutschen Volkes zum eigenen Vorteil auszunutzen. Die Waffenstillstandskommission könne der vorbehaltlos und einmütigen Unterstützung des deutschen Volkes sicher sein in der Forderung nach einer sofortigen Durchführung des Waffenstillstandsvertrags und nach baldigem Abschluß eines Präliminarfriedens, die die Unterlegen für einen dauernden Frieden der Verständigung und des gegenseitigen Vertrauens unter den Völkern schaffen.

Konflikte zwischen Serben und Montenegro.

Bern, 13. Jan. (A. S.) Die Tribuna veröffentlicht einen Protest Montenegros gegen dessen Berggewaltigung durch die Serben mit Unterstützung der französischen Besatzungstruppen. Montenegro und Serben liefern sich in Cetina und anderswo wahre Schlachten. Die Montenegro haben sich ins Gebirge zurückgezogen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Abgelehnte badische Wahlvorschlüge.

B.C. Karlsruhe, 13. Jan. Heute Vormittag fand im Ministerium des Innern eine Sitzung des Wahlausschusses für die deutsche Nationalversammlung statt. Den Vorsitz führte Ministerialdirektor Gauckert. Als Mitglieder waren Vertreter der verschiedenen Parteien erschienen. Zunächst wurden die Wahlvorschlüge geprüft und festgestellt, daß die Wahlvorschlüge der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Nationalen (Christlichen) Volkspartei, der Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen Partei form- und fristgerecht eingereicht worden und deshalb nicht zu beanstanden seien. Dagegen wiesen die Vorschläge einer Heidelberger Bürgergruppe (Kandidaten Rager und Genossen) und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (Kandidaten Seizinger und Genossen) eine ganze Reihe von Mängeln auf, jedoch ist deshalb verworfen werden mußten. Bei dem Heidelberger Vorschlag war insbesondere die Befreiung des Bürgermeisters nicht beizubringen, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlages in der Wählerliste stehen. Bei dem Vorschlag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei bestand dieser Mangel zum Teil ebenfalls. Uebrigens stand in der Kandidatenliste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei der Name eines Mannes, des Hauptlehrers Ludwig Kessler in Rembach, der nicht ermittelt werden konnte. Von amtlicher Seite hatte man sich bemüht, die beteiligten Parteien zu bewegen, für eine ordnungsmäßige Abfassung der Wahlvorschlüge besorgt zu sein, jedoch ohne allen Erfolg. Man konnte daher den Heidelberger Vorschlag und den der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei nicht zur Wahl zulassen.

Die Wahlvorschlüge erhielten nach dem Namen der ersten Kandidaten folgende Ordnung der Nummerierung: 1. Wahlvorschl. Dietrich (Deutsche Demokratische Partei), 2. Wahlvorschl. Düringer (Deutschnationale (Christliche) Volkspartei), 3. Wahlvorschl. Feherbach (Zentrum), 4. Wahlvorschl. Oskar Beck (Sozialdemokratische Partei). — Schließlich wurde festgestellt, daß Anträge auf Verbindung von Wahlvorschlügen nicht gestellt wurden. (Auf den unparteiischen Zuhörer bei den Verhandlungen machte es den Eindruck, als ob die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gar nicht die Absicht gehabt hätte, sich an der Wahl zu beteiligen. Man wollte offenbar durch Einreichung der nichtordnungsmäßigen Kandidatenliste deren Ablehnung beweisen, um dann diese Tatsache so hinzustellen, als ob die Verwerfung der Vorschlagsliste aus Mißgunst gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei erfolge sei, und damit dann agitatorisch im Lande zu arbeiten.)

Zur Wahlbewegung.

Weinheim, 13. Jan. Hier fand gestern im „Grünen Saal“ unter sehr starkem Besuch von Männern und Frauen eine von der Deutschen demokratischen Partei veranstaltete Volksversammlung statt, die von Fabrikant Jaiser geleitet wurde. Herr Stadtpfarrer Bach aus Mannheim-Mühlau hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über Kirche und Demokratie, wobei er den Ausdruck „Trennung von Kirche und Staat“ als falsches Schlagwort bezeichnete, denn es komme darauf an, was und wie getrennt wird. Redner verlangte für die Kirche im neuen Volkstaute nach wie vor das Recht der Besteuerung, ferner den Religionsunterricht in der Schule unter Voraussetzung der eidesigen Zustimmung wie bisher und schließlich einen Lehrstuhl der Kirche an den Hochschulen. Bezüglich des Religionsunterrichtes in der Schule sei dem Lehrer das Selbstbestimmungsrecht, ob er Religionsunterricht erteilen will oder nicht, auszuüben. Die Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall, ebenso ein durch große Klarheit ausgezeichneter Vortrag des Stadtrats Bagel aus Mannheim über die Wahlen am 19. Januar. In die beiden Vorträge schloß sich eine recht lebhafte freie Aussprache an.

Ebingen, 13. Jan. Vor einer überaus stark besuchten Versammlung sprach im „Redartal“ Major d. L. v. Reuentzen über den Verlauf der Wahlen zur badischen Nationalversammlung und die daraus sich ergebenden Folgen für die

Reichs-Nationalversammlung. Nach ihm richtete Fräulein Hennings zündende Worte an die zahlreich anwesenden Frauen. Herr Major Reutter gab sehr interessante Ausführungen über das Wesen der Sozialdemokratie. Herr Jung, der die Versammlung eröffnet hatte, schloß dieselbe nach reichlich gezeigtem Beifall gegen 1/8 Uhr.

Friedelsfeld, 13. Jan. Die Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei verlief sehr eindrucksvoll und anregend. Die Referenten, die Herren Dr. Marx und Helfferich, verstanden es, die zahlreichen Zuhörer zu fesseln und für den Gedanken der Partei zu gewinnen.

Die Lage der Staatsbeamten.

Man schreibt uns: In der Mitagsausgabe Ihres Blattes vom 10. ds. Mts. veröffentlichte Sie die Resolutionen der Demokratischen Volkspartei für die Tätigkeit der Landesparlamentarier und die der Deutschen Demokratischen Partei für Arbeiter- und Angestellten-Volk. Die Staatsbeamten haben diese Beschlüsse mit tiefer Enttäuschung gelesen, von ihnen ist nicht die Rede. Die Wahlen sind vorbei, was hat man ihnen vorher für Besprechungen gemacht und jetzt wieder Schweigen. — Auch die Regierung hat für ihre Wünsche auf Verbesserung nur ein bedauerndes Abschlachten unter Hinweis auf die traurige Finanzlage und Verweigerung auf die Zukunft. Und doch ist die Lage der Beamten eine derartige, daß sofortige Maßnahmen zur Besserung ihrer Einkommensverhältnisse mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung unbedingt erforderlich sind.

Regierung und Parteien mögen sich nicht dem Wohne hingeben, die Beamten seien auch jetzt noch wie früher mit leeren Versprechungen zu versetzen. Die Männer, die über vier Jahre lang für's Vaterland gekämpft und gekostet haben und die Leistungen, die während des Krieges mit Anspannung all ihrer Kräfte — und mit dem Tod von der Regierung ausgenutzt worden — im Geschäftsbetrieb aufrecht erhalten haben, sind nicht mit wohlwollenden Redensarten absperrbar. — Sie verlangen ihr Recht auf auskömmliches Einkommen wie jeder andere Staatsbürger und sie sind gewillt, sich dieses Recht mit allen Mitteln zu erkämpfen. Man schämt an den maßgebenden Stellen die Folgen einer Arbeiterüberlegung der Beamten, wenn Gerichte, Richter, Verwaltungsbehörden, öffentliche Kassen, die Eisenbahnen, die Posten und alle die zahlreichen übrigen Staatsbediensteten die Arbeit einstellen, sich nicht recht klar gemacht zu haben; die Beamenschaft wird aber, wenn ihr ihr Recht nicht wird, sich nicht in minderen Löhnen, des sind wir gewiß, auch von diesem letzten Mittel Gebrauch machen. — Wenn in Mannheim ein verheirateter Bürobeamter mit einem Kind noch über 300-jähriger Dienstzeit mit Teuerungszulage 28 Mark monatlich verdient, ein Erwerbsloser mit einem Kind

An Jedermann ergeht der Ruf: Spende zum Wahlfond!

Deutsche Demokratische Partei

ParteiSekretariate: Kaiserring 4-6, Fernsprecher 6156 und C 3, 21/22, Fernsprecher 6190. — Bankkonto: Gewerbebank Mannheim. — Postcheckkonto Nr. 16439 Karlsruhe. Eb 17

oder monatlich 330 Mark Erwerbslosen-Unterstützung erhält, so bedarf es wohl keiner weiteren Erörterung darüber ob die Gehälter der Staatsbeamten ausreichend sind oder nicht. Denn die Höhe der Erwerbslosen-Pflichte bedeuten nur das Existenzminimum unter dem nach Ansicht der Regierung nicht auszukommen ist. Zahlen doch Reich und Staat an den Kosten der Erwerbslosen-Unterstützung 5 Milliarden, sie würden doch zweifellos den Satz von 11 Mark für einen Mannheimer Erwerbslosen nicht anerkennen und daran über 9 Mark bezahlen, wenn sie es nicht für nötig hielten. Dann aber haben sie die Pflicht, auch den geringsten ihrer Beamten nicht schlechter zu stellen. Da helfen auch fernerlei Nebenarten, daß kein Geld da ist, das Geld muß beschafft werden, genau so gut wie es für die Erwerbslosenfürsorge beschafft wird. Zweck dieser Zeilen ist, die verantwortlichen Stellen zu veranlassen in der Frage der Beamtengehälter nun endlich zu Taten zu schreiten und es nicht darauf ankommen zu lassen, daß die Beamten zur Selbsthilfe schreiten müssen. Die Beamten haben sich dadurch, daß sie während der Revolutionzeit sich von keiner Seite beeinflussen lassen und unerschrocken ihre Pflicht taten, anerkanntermaßen große Verdienste um die Wahrung der Ruhe und Ordnung erworben. Mühen auch sie den Betrieb einstellt, so wäre die Bewirtung noch größer geworden und Sparteus trübte erst gar nicht um die Herrschaft zu kämpfen. Darum haben sie jetzt mehr Anspruch darauf, daß ihre berechtigten Forderungen erfüllt werden.

Letzte Meldungen.

Energisches polizeiliches Vorgehen in München.

München, 14. Jan. (Pr.-Tel.) In München hat sich in den letzten Tagen verschiedenes Lichtsches Geschehen in der Öffentlichkeit bemerkbar gemacht. Die Polizei ist deshalb kräftig am Werk, gegen diese Elemente mit aller Macht vorzugehen. In bekannten Gasthöfen Münchens im Tal wurden gestern durch Sicherheitsmannschaften in der Stärke von 30 Mann die Straßen dieses Viertels abgesperrt, und der Straßenbahnverkehr eingestellt. Um ein Entschlüpfen dieser Elemente zu vermeiden, wurden auch die rückwärtigen Ausgänge dieser Wirtschaften besetzt. In zwei Gasthöfen wurden bei einer Streife 200 Personen, zum Teil ohne Ausweis, zum Teil polizeilich gefastet, festgenommen. Der Polizei wurde auch mehrfach heftiger Widerstand entgegengebracht; u. a. ging ein Burleske mit dem Messer gegen die Polizei vor. Ein weiterer Vorfall wurde angefochten, der ein Handgranate bei sich trug. Die Festgenommenen wurden in Lastkraftwagen in das Gefängnis gebracht. Auch hier wurde wieder ein ganzer Wagen voll Waren, Militärbedarf u. dgl. den Verhafteten abgenommen, was auch vor einigen Tagen in einer anderen Wirtschaft im Bahnhofsviertel der Fall war.

Der polnische Vormarsch.

Züllichau, 13. Jan. (A. S.) Die Angriffe gegen Kopyn konnten wegen der Ueberlegenheit der Polen nicht weiter vorgetragen werden. Die kleine, von den Polen in Kopyn eingeschlossene Besatzung — es waren 12er — schlug sich aber durch den polnischen Ring durch. Die deutschen Kräfte stehen nun auf der Linie Großschmollen-Woynowa am Obru. Die Hauptmasse der Polen folgte

über Kopyn hinaus nach. Polnische Patrouillen stehen aber bis in die Gegend von Züllichau vor.

Im Kreise Züllichau schritt man zur Gründung von Heimatkompagnien, die aus der einheimischen Bevölkerung rekrutiert werden und sich ihre Führer aus dem vorhandenen Offiziersmaterial selbst wählen. Der Angriff am Samstag erfolgte, nachdem die Polen Kopyn besetzt und die kleine deutsche Besatzung eingeschlossen hatten.

Ausrufung der Republik in Luxemburg.

Paris, 13. Jan. (A. S.) Der Rat in Lüttich die letzte Sitzung der luxemburgischen Kammer wie folgt: Die Kammer zählte 52 Mitglieder, nämlich 14 Liberale, 32 Angehörige der Entente, 10 Sozialisten und 5 Volkswellen. Zu Beginn der Sitzung brachte der Führer der Liberalen Bessier einen Antrag ein, die Großherzogin möge angesichts der diplomatischen Isolierung, die durch die deutschfeindliche Haltung der Großherzogin verursacht sei, abdanken. Ella, Mitglied der Rechten, verlangt die Verlegung der Debatte, da in einer halben Stunde eine wichtige Beratung aus dem Palais einläuft, die jene Rundabgabe überflüssig machen soll. Die Tribünen lachen. Der Präsident will einschreiten, wird aber verhindert und verläßt mit der Rechten den Sitzungssaal. Der sozialistische Führer Marx ruft dann die Republik aus und erklärt, die Deputierten sollen in der Sitzung verbleiben und einen Wahljahrsabschluss bilden. Die Kammer wird gelungen. Sieben Mitglieder der Kammer bilden den Wahljahrsabschluss, alsbald treten aber drei wieder zurück, indem sie erklären, die Republik müsse der Zustimmung des Landes gemäß sein.

Frankreich und die Friedensverhandlungen.

Bern, 13. Jan. (A. S.) Der „Temps“ schreibt, wenn die Deutschen jetzt mit dem Vortritt drohen, so sollen sie sich an die Tüfel von 1870 erinnern. Ein deutscher Vortritt würde eine internationale Kontrolle nach sich ziehen. Das „Journal“ legt die Deutschen einen Zehner. Sie schreiben jetzt, sie seien in der Not, aber keine Ausflucht wird den letzten Entschluß auf der Friedenskonferenz beeinflussen. Auch der Revolutionsdiktator schreibt uns nicht. Wenn der Sperber auf der Hand ist, können die Führer nicht sein werden. Die „Victoire“ verlangt einen Druck der Allierten auf Deutschland, um die Rückgabe Norddeutschlands mit Selt und Witten an Dänemark zu erzwingen. Der „Cocumont“ macht gegen die mangelhafte Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen scharf. „Welt Frieden“ ist für eine Intervention der Entente, wenn die Lage in Berlin andauert.

Bern, 13. Jan. (A. S.) Die „Humanität“ stellt fest, daß bei dem jetzigen Programm die Demobilisation fünf Jahre dauern kann und veranlaßt mögliche Beschränkungen. Die Demobilisation der Infanterie 1922 in Paris geht in großer Unordnung vor sich.

„Echo de Paris“ schreibt, daß bei den deutschen Truppen am Rhein alles durchgehender ist, weshalb sollte man dann drei Millionen Mann unter den Waffen halten? Wahr ist, daß die Regierung durch eine antidemokratische Auffassung vom Frieden mit den Anhängern der Weltkriegspolitik vertrieben ist. Sie will nicht auf die Über der Gewalt verzichten, die sie als ein Mittel erachtet. Es bleibt indes noch eine Hoffnung, an die man sich nach Kammer hinaus, nämlich, daß sich bei der Friedenskonferenz in Versailles eine souveräne Stimme mit der nötigen Autorität erheben lassen wird, die sich durchsetzt. Sie werde im Namen Frankreichs, bei Armeen und Volk einen Widerstand finden, den man an höherer Stelle nicht werden unberührt lassen können.

Die „Action Française“ macht darauf aufmerksam, daß Deutschland nach immer Unterlebensbau, angeblich um Arbeiter zu beschäftigen. Das Blatt verlangt ferner, daß Frankreich im besetzten Gebiet für jedes in Frankreich geführte Haus ein anderes mit den gesamten Möbeln und Wäsche requirieren soll. Die Einwohner müßten vertrieben werden. Der frühere Justizminister Veret verlangt die Bekräftigung des Kaisers. Die Zeitung bemerkt, daß diese Idee Fortschritt macht.

„Kappel“ schreibt, Deutschland muß alle unsere Kriegskosten zahlen. Was die Deutschen angeht, so brauchen sie nicht gefragt zu werden. Um dem Völkerverbund den Respekt zu verleihen, brauchen wir viele Soldaten. Der Dogmatismus will den Krieg verneinen, doch führt er ihn gerade herbei.

Der „Temps“ bringt einen Bellartitel gegen Wilson. Aus der Tatsache, daß das alte Gleichgewicht zusammengebrochen ist, folgt nicht notwendigerweise, daß alle Gleichgewichtssysteme falsch seien, wie es Wilson behauptet. Das bisherige war nicht, weil Deutschland jedes Gleichgewicht zerstört hat. Der Völkerverbund könne daher nur auf der Vereinigung der Sieger aufgebaut werden.

Ruhe in Preßburg.

Wien, 13. Jan. (A. S.) Meldung des Korr.-Büros. Das tschechoslowakische Freikorps meldet, alle Nachrichten der Wiener und Subapertier Blätter über die Hinrichtung deutscher und ungarischer Soldaten und Eisenbahner sind völlig aus der Luft gegriffen. In Preßburg herrscht nach wie vor vollständige Ruhe und musterhafte Ordnung.

Berlin, 13. Jan. (A. S.) Leopold Schöffländer, der Begründer des Fachblattes „Konjunktur“, ist im 86. Lebensjahre gestorben im Alter von 59 Jahren gestorben.

Stockholm, 13. Jan. (A. S.) Der Streit der schwedischen Seeleute dauert auch heute noch an. Auch in den anderen Kreislaufgruppen greift die Streikbewegung um sich, so insbesondere bei den Telegraphen- und Telephonarbeitern. Die Verhandlungen wegen den Forderungen der Automatenführer werden fortgesetzt.

Buenos-Aires, 13. Jan. (Havas.) Der Streit dauert an. Der Streik der Eisenbahnarbeiter ist völlig eingestellt. Bei den Zusammenstößen am Sonntag soll es etwa 100 Tote gegeben haben. Heute soll es in neuen Zusammenstößen gekommen sein, bei denen es wieder Tote gegeben haben soll.

Handel und Industrie.

Erhöhung der Zinkblechpreise.

Wie man uns berichtet, erhöhte die Süddeutsche Zinkblech-Ländervereinigung ihre Verkaufspreise um M. 10 pro 100 kg im Zusammenhang mit der Erhöhung, die der Verband deutscher Zinkblechwerke in gleichem Ausmaß hat eintreten lassen. □

Höhere Preise für Palastegel.

Wie wir erfahren, erhöhte der Verband mitteldeutscher Falzriegelfabriken seine Verkaufspreise um 50% angesichts der bedeutenden Erhöhung der Arbeitslöhne. □

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Januar

Wasserstand von Rhein	Datum						Bemerkungen
	9	10	11	12	13	14	
Mühlhausen	2.20	2.18	2.07	2.03	1.90	1.88	Abends - Uhr
Fels	2.20	2.18	2.09	2.03	1.90	1.88	Nachts 2 Uhr
Wiesbaden	2.48	2.51	2.30	2.31	2.07	2.03	Nachts 2 Uhr
Kassel	2.55	2.55	2.37	2.30	2.23	2.17	Nachts 2 Uhr
Koblenz							Nachts 2 Uhr
Köln							Nachts 2 Uhr
von Neekar:							
Karlsruhe	2.18	2.20					Vorm. 2 Uhr
Keltern	1.20	1.20	1.18	1.23	1.30		Vorm. 2 Uhr

Wetteraussichten für mehrere Tage im voraus.

(Z. N.) Überwiegend bewölkt, wird zeitweilig verregnet.
 15. Januar: Wenig verändert.
 16. Januar: Wolkig, Tags gelinde, teils heiter.
 17. Januar: Vielfach bedeckt, Niederschläge, milde.
 18. Januar: Wolkig, milde, meist trocken, windig.

Aus Stadt und Land.

Angestellten-Ausschüsse in Verwaltungen und Betrieben.

Der Zentralausschuss der Mannheimer Bankangestellten-Ausschüsse teilt als folgendes mit:

Die Verordnung des Reichsarbeitsamtes vom 23. Dezember 1918 mit Gesetzeskraft über Tarifverträge, Arbeitsausschüsse etc. scheint in vielen Betrieben, Verwaltungen und Büros nicht genügend beachtet zu werden. Nach dieser Verordnung sind in allen Betrieben etc., in denen in der Regel mindestens zwanzig Angestellte beschäftigt werden, Räte aus Angestellten auszuwählen zu errichten. Wahlberechtigt und wählbar sind alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellte, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Auf je zwanzig Angestellte etc. ist ein Ausschussmitglied und ein Erfahrmann zu wählen. Werden jedoch in der Regel weniger als fünfzig Angestellte oder Arbeiter beschäftigt, so besteht der Ausschuss aus drei Mitgliedern und ebensoviele Erfahrmännern. Nach § 7 der Verordnung ist in allen Betrieben etc., in denen auf Grund des § 11 des Arbeitsvertragsgesetzes ständige Angestellten- oder Arbeiterausschüsse bereits bestehen, eine Reumahl der Ausschussmitglieder und der Erfahrmänner vorzunehmen.

Aus der Sitzung des Fürsorgeausschusses für Erwerbslosenfürsorge.

1. Ein lediger Arbeiter hat am 29. Dezember 1918 bei der Ortsstelle für Erwerbslosenfürsorge Antrag auf Erwerbslosenunterstützung gestellt. Die Unterstützung ist ihm bei der nachgewiesenen Arbeitslosigkeit auch bewilligt worden. Am 5. Januar hat er ohne Mitwirkung des Arbeitsamtes Lohnarbeit bei auskömmlicher Bezahlung gefunden. Damit war selbstverständlich ein weiterer Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung erloschen, er hat aber trotz der Erwerbslosenunterstützung weiterhin in Anspruch genommen. Die vorgeschriebene tägliche Meldung beim Arbeitsnachweis war ihm infolgedessen möglich, weil er täglich nur bis nachmittags 2 Uhr zu arbeiten hatte. Auf diese Weise ist die Erwerbslosenfürsorge um 107 Mark geschädigt worden. Da offenbar eine betrügerische Handlung vorliegt, wird Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet.

2. Um zu verhindern, daß Familien, in denen mehrere Mitglieder arbeitslos sind, Erwerbslosenunterstützung in einem Betrage bekommen, der weit über ihre Bedürfnisse hinausgeht, wird grundsätzlich bestimmt, daß die Unterstützung beim Vorhandensein von 2 und mehr Arbeitslosen in der gleichen Familie den Höchstbetrag von 15 Mark nicht übersteigen darf. Der gleiche Grundsatz ist anzuwenden, wenn etwa der Haushaltsvorstand über einen ausbleibenden Arbeitslohn verfügt, und 3. ein Sohn arbeitslos ist. Die Erwerbslosenunterstützung des Sohnes ist in diesem Falle so zu bemessen, daß sie mit Einkünften des Einkommens des Haushaltsvorstandes 15 Mark täglich nicht übersteigt.

3. Es mehren sich die Fälle, in denen Arbeitslose ihnen nachgewiesene Arbeit aus nichtigen Gründen ablehnen zu dem Zweck, die reichlicher bemessene Erwerbslosenunterstützung zu beziehen. Unter allen Umständen muß verlangt werden, daß nachgewiesene geeignete Arbeit auch übernommen wird. Im Weiteren sollte auch die Zahlung von Erwerbslosenunterstützung eingestellt werden.

Die Vereinigung aller dem kaufm. und techn. Berufe angehörenden Standesgenossen

hielt gestern Abend im „Rodensteiner“ eine Mitgliederversammlung ab, die von Herrn Rößler mit der Mitteilung eröffnet wurde, daß der bisherige 1. Vorsitzende Herr Behres sein Amt infolge Erkrankung niedergelegt habe und er (Rößler) das Amt des 1. Vorsitzenden übernommen habe. Es wurde nun mit der Beratung der von der Stadtverwaltung eingehenden Schriftstücke in die Tagesordnung eingetreten. Dem Schreiben an die Stadtverwaltung, daß auf das Arbeitsamt zwei Mitglieder (1 Kaufmann und 1 Techniker) delegiert werden sollten, hat das Rathaus insoweit entsprochen, als dem Arbeitsamt nur ein Mitglied der Vereinigung zugeordnet wird, da die Arbeiterkommission ebenfalls nur ein Delegiertes beschickt hat. Hierzu erklärte der Vorsitzende, man werde sich mit diesem Entschluß nicht zufrieden geben, sondern werde weitere Schritte in dieser Sache tun. Bezüglich des Fürsorgeausschusses ist der Bescheid eingegangen, daß die dazu beordneten Mitglieder, da ehrenamtlich, nur solange dem Ausschuss angehören, als sie selbst erwerbslos sind.

Alsobald wurde der Entwurf der Statuten geschrieben. Als Zweck und Ziel der Vereinigung werden genannt: Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege, strenge Durchführung und Aufrechterhaltung der als maßgebend anerkannten Bestimmungen insoweit auf das Arbeitsverhältnis, Befreiung der Arbeitszeit. Die Vereinigung erstreckt Einrichtungen ähnlich dem Herbergsverein, jedoch dem Stande entsprechend, Pflege der Berufstätigkeit, Gewährung von unentgeltlichem Rechtschutz, bezahlte Einrichtung einer Unterstufungsstelle bei vorübergehender Arbeitslosigkeit. Die einzeln durchbesprochenen Paragraphen wurden einstimmig genehmigt.

Herr Scheurer übernahm darauf die Vorsitzerschaft über die Kassenorganisation. In Schwetzingen, Freiburg, Offenbach und Karlsruhe wurde erfolgreich nachgeführt und Ortsvereinigungen gebildet. Unter lebhaftem Beifall schloß dieser Redner seine Ausführungen mit einem Appell um tatkräftige Mitarbeit. Unterem letzten Punkt „Allgemeines“ beschäftigten sich die Herren Hansmann und Scheurer mit den gegenseitigen Verbindungen. Zum Schluß konnten nochmals die Beziehungen auf dem Arbeitsamt zur Sprache kommen. Herr Rößler bemerkt dazu, daß die Vereinigung unbedingt darauf drängen müsse, zwei Beauftragte der Vereinigung zuzulassen, um zu übermachen, daß die Bewerber auch

der Reihe nach, wie sie ihre Bewerbungen eingereicht haben, bei Anstellungen berücksichtigt werden. Dem wurde seitens der Verwaltung lebhaft zugestimmt. Kurz nach 9 Uhr war nach weiteren allgemeinen Bemerkungen die Tagesordnung erschöpft und die zahlreich besuchte Versammlung konnte dann vom Vorsitzenden geschlossen werden.

Herrn Moritz Lederers „Fürsorge“ für die Arbeitslosen.

Vom Bürgermeisteramt erhalten wir folgende Zuschrift: In verschiedenen Zeitungen ist eine Erklärung des Herrn Moritz Lederer veröffentlicht worden, die behauptet, das Bürgermeisterei Mannheim habe es abgelehnt, einen Teil seines Vermögens zugunsten Arbeitsloser anzunehmen. Wozu ist folgendes zu bemerken: Von Herrn Moritz Lederer ist am 26. November v. J. dem Bürgermeisteramt Mannheim ein Brief zugegangen mit der Absicht einer Anregung, die er am 12. November dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates hier gemacht habe, die aber offenbar damals nicht interessiert habe. In diesem Anzuge wurde vorgeschlagen, Mittel bereitzustellen, um solche Angehörige des Heeres und des Heimarbeiter, Verwandten und Kranken, denen Verdienstmöglichkeiten nicht beschafft werden können, menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen. Erforderlich sei eine großzügige Organisation, welche alle „Erwerbs- und finanziellen Mittel“ gütlich umfasse. Alle bestehenden Wohlfahrts-Einrichtungen seien dieser Organisation einzuschließen. Dem zu schaffenden Fonds würde Lederer persönlich einen Betrag zur Verfügung stellen.

Herr Lederer hat demnach dem Bürgermeisteramt nicht mitgeteilt, daß er einen Teil seines Vermögens zugunsten Arbeitsloser zur Verfügung stellen wolle, da der „Betrag“ einer neu zu schaffenden Organisation zuteil werden sollte. Weil diese Organisation aus mancherlei Gründen, insbesondere weil das Reich die Erwerbslosenfürsorge regelt, ergänzende Einrichtungen oder hier bereits bestehende, nicht zweckmäßig seien, so hat das Bürgermeisteramt dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss gegebene Anregung nicht weiter verfolgt. Selbstverständlich stand und steht es Herrn Lederer jederzeit frei, dem Bürgermeisteramt einen Teil seines Vermögens für Arbeitslose zu überweisen.

4. Wiederaufnahme der Postbefreiung. Nachdem die Schwereitigkeiten, die zur vorübergehenden Einstellung des Postbefreiungsdienstes in dieser Stadt geführt haben, jetzt behoben sind, wird am Mittwoch, den 15. Januar zunächst mit der Einstellung der gewöhnlichen Pakete und der Expresspakete wieder begonnen werden. Die Befreiung der Wertpakete wird voraussichtlich am Dienstag, 21. Jan. wieder aufgenommen werden können. Beginn der Postbefreiungsdienstes werktags von 8 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags; an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen wird nur die Vormittagsbefreiung ausgeführt. Alle Pakete, zu denen sich die durch die Briefträger zugestellten Postkarten nach diesen beiden Tagen noch in den Händen der Empfänger befinden, sind sofort beim Bahnpostamt in Empfang zu nehmen und zwar — wie bisher — die gewöhnlichen Pakete (schwarze Aufgabenummern) bei der Wertpakete — (schwarze Aufgabenummern) in der Haupt-Schalterhalle, Eingang Bahnhofplatz Schalter 13/14.

5. Wegfall der letzten Briefkostenrechnung an Werktagen. Durch den früheren Geschäftsschluß der Behörden, Firmen usw. ist die Zahl der mit der letzten Briefkostenrechnung (von 8-9 Uhr nachmittags) eingehenden Sendungen zu gering geworden, daß die Verrechnungslage nicht mehr zutrifft. Anherum werden bei dieser Rechnung keine wichtigen Anschlüsse mehr erreicht, da die meisten der früher zur Postbefreiung demjenigen Jahre in letzter Zeit ausgefallen sind. Vom 15. ab fällt daher die bisherige letzte Briefkostenrechnung an Werktagen bis auf weiteres aus. Die Berichtigung der Verrechnungslagen erfolgt nach und nach.

6. Aus dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss der Mannheimer Arbeiter. Die Ereignisse der letzten Wochen sind in dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss als wünschenswert erschienen, einmal die Stellungnahme der in ihm vertretenen beiden sozialistischen Parteien zu präzisieren, um durch eine schriftlich festgelegte Vereinbarung den geeigneten Boden für eine weitere behutsame Zusammenarbeit zu schaffen. Die überbrückenden Verhandlungen führten zu einem allseitig anerkannten prinzipiellen Einverständnis, das seinen Niederschlag in einer von sämtlichen Mitgliedern des Volkswirtschaftlichen Ausschusses unterzeichneten Erklärung fand, die wir im Anzeiger mitteilen wollen.

7. Kein Röhlfaden. Um in der Bevölkerung umlaufenden Irrgefühlen entgegenzutreten, hebt sich die Städtische Verwaltungsstelle veranlaßt, wiederholt zu erklären, daß die zur Verheilung an die Bevölkerung bestimmte Röhlfäden bis heute noch nicht zur Verfügung steht. Anfolge der Preissteigerung und sonstigen Transportnöten läßt sich auch heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wann derselbe eintrifft. Die Abgabe geschieht auch diesmal wieder gegen Lebensmittelmärkte durch den Kleinhandel. Es sind alle Vorbereitungen zur Verteilung getroffen, nur fehlt eben der Faden. Wie bisherigen Reklamationen hatten leider noch nicht den gewünschten Erfolg, doch hofft man bestimmt, daß der Röhlfaden in aller Kürze endlich eintrifft. Der bisher an entlassenen Soldaten in Ausnahmefällen abgegebenen Faden kann aus den Beständen der eigenen Röhlfäden und ist nunmehr auch aufgebraucht. Sämtliche schriftlichen oder persönlichen Anfragen dieserhalb sind daher zurückgewiesen.

8. Die Volkswirtschaftlichen Arbeiter stellen fernerhin die Vertretung ab, die von dem Vorsitzenden ihrer Kommission, Herrn Tischbein, geleitet wurde. Von der Stadt waren die Herren Dr. Brech und Schlag, vom freien Gewerkschaftsrat Herr Nagel erschienen. Es wurde über die Frage der Einlösung — die gegenüber der Erwerbslosenunterstützung als ungenügend

empfunden wird — verhandelt und weiter über den Vorschlag eines Schlichtungsausschusses, nach dem die Vormittagsfrist von 7 Uhr bis 1 Uhr arbeiten würde, die Nachmittagsfrist von 11 bis 6 Uhr. Zur Ausdehnung sollten dann Arbeitslose herangezogen werden. Die Beschlüsse sollten zunächst dem Zweck dienen, die einzelnen Gruppen mal untereinander in Verbindung zu bringen, damit nicht je eine einzelne oder gar Einzelaktionen für sich vorgehen. Das praktische Resultat der Versammlung war die Wahl eines Ausschusses, dem von jeder vertretenen Gruppe (Friedenheimer Ansel, Reitel, Waldpart, Lullenspart, Dillensbrücke, Bumpwerk, Straßenbahn usw.) zwei Vertrauensleute beigegeben wurden. Dieser Ausschuss soll rasch die Forderungen der Volkswirtschaftlichen Arbeiter, formulieren und dem Stadtrat vorlegen. In der Stadtratssitzung vom Donnerstag soll die Eingabe dann erledigt werden. Bis zur endgültigen Regelung aber verlangen die Vertretungen, daß ihnen bei der dieswöchentlichen Entlohnung ein Tageslohn von 10 M. und zwar auch für die ledigen über 18 Jahre alten Arbeiter in Anrechnung kommt und ferner, daß ihnen die unter Anlegung dieses vorläufigen Tages noch stehenden Beträge vom Tage der Einstellung an nachbezahlt werden.

9. Kaufmännischer Verein. Wie machzu an dieser Stelle nochmals auf den heute Abend im Volkswirtschaftlichen Ausschuss: Die Rotationsversammlung in Frankfurt am Main in der Paulstraße 18/19 aufmerksam.

10. Zur Förderung der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen findet heute Dienstag Abend 6 Uhr im Restaurant „Am Walden“ eine Versammlung statt, auf welche auch an dieser Stelle hingewiesen sei. (Weiteres siehe Anzeiger im Montag-Beiblatt.)

11. Die Mietervereinigung schreibt uns: In weiten Kreisen herrscht noch keine genaue Kenntnis über die Aufgaben der zurzeit tätigen Wohnungskommissionen, wie zahlreiche Besprechungen beweisen. Es sei daher festzustellen, daß diese Kommissionen unter keinen Umständen das Recht haben, Teile von Wohnungen abzugeben, oder gar Erhöhungen der Miete zu empfehlen. Die Kommissionen haben lediglich, und zwar in gegenseitiger Uebereinstimmung, ev. Vorschläge an das Bürgermeisterei zu machen, wie in einzelnen Fällen Wohnbedingungen eingerichtet werden könnten. Auf Grund dieser Vorschläge kann dann eine weitere Verhandlung stattfinden; jede Befugnis, von sich aus Entscheidungen zu treffen, geht den Kommissionen völlig ab. Erfolgt eine Erhöhung der Miete, so kann der Mieter diese zurückweisen. Abänderungen können ohne Genehmigung des Mietnennungsamtes überhaupt nicht erfolgen.

12. Todesfall. Vor einigen Tagen starb in Frankfurt Ingenieur Gustav Storz, der Erfinder der Schweißvorrichtung, der sogenannten Storzpumpe, die u. a. bei der Schmelzeisen-Feuerwehr und bei der Marine eingesetzt ist. Auch ist eine Reihe ausländischer Feuerwehren mit der Storzpumpe ausgerüstet. Storz, der am 9. August 1847 in Weesbarn am Bodensee geboren war, wohnte seit mehreren Jahrzehnten in Frankfurt.

Mannheimer Schwurgericht.

Nach längerer Pause trat gestern wieder einmal das Schwurgericht für den Kreis Mannheim zusammen. Den Vorsitz über Landgerichtsrat Dr. Kurzmann. Zum Antrag gelangte zunächst die Anklage gegen den 39 Jahre alten Helzer Karl Joseph Hoffkötter von Mannheim wegen Totschlags.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juli vor. J. wurde in der Döberstraße im Stadtteil Langbühl die 42 Jahre alte Stellmachers Witwe Therese Reff erschossen. Als der Täter stellte sich der Angeklagte selbst auf der nächsten Woche der Polizei. Gestern behauptete er, nichts mehr zu wissen, er sei schwer betrunken gewesen. An der Reff ist nicht viel verloren gegangen, sie hatte mit 42 Markresten vor dem Anschlag, der es bis jetzt nur auf 17 gebracht hat — darunter 19 Monate Gefängnis wegen Zuhälterei — noch etwas voraus. Hoffkötter hatte das Schloßhandwerk erlernt, später aber nur als Gesellenarbeitnehmer sich durchgehoben — wenn er nicht gerade im Gefängnis lag. Im April 1915 wurde er eingeworfen und führte sich beim Militär ganz ordentlich. Im Juli vorigen Jahres bekam er sich um Urlaub in Mannheim. Er hielt sich bei der Reff auf, mit der er schon früher Beziehungen gehabt hatte. Der Mann der Reff, mit dem er befreundet war, war gefallen. Den Tag vor der Tat waren die beiden von einer Wirtin in die andere gezogen, und nachts zwischen 1 und 2 Uhr hatte Hoffkötter dann die Frau anscheinend im Streit niedergeschossen. Augenzeuger hatte die Tat nicht. Nachforschungen haben gezeigt, wie jemand sagte: „Wohle, gib mir das Geld.“ Das hatten sich auf 30 M. bezogen, die Hoffkötter als eiserne Bestand betrachtet hatte und die vielleicht bei der Anschlag auch draufgegangen waren. Andersere Augenzeugen hatten die Reff Reff lag sich gegen! rufen hören, während Hoffkötter einen anderen Vornamen hat.

In dieser Wahrnehmung fehlte die Verteidigung (Rechtsanwalt Dr. Kral) ein, um die Möglichkeit zu beweisen, daß eine dritte Person bei dem nächtlichen Drama die entscheidende Rolle gespielt haben könnte. Weiter hielt sie für nicht ausgeschlossen, daß die Tat in der Notwehr geschähe, sei denn die Reff war eine sehr stark betrunken. Ein Zeuge bekundete, daß sie ihn einmal auf einem Berg über die Heidebrücke getroffen habe, und wenige Stunden vor der Tat habe sie ihren Freund Hoffkötter, der durchaus kein Schwächling ist, wie eine Puppe gefaßt, festrecht umgebracht und auf den Kopf geschossen. Ferner hielt die Verteidigung es für möglich, daß Hoffkötter — trotz des eingetretenen gerichtlichen Gutachtens — in einem psychologischen Ausnahmezustand gehandelt habe, und stellte daher den Antrag auf Freisprechung. Die Geschworenen behielten im Sinne der Ausführungen des Vertreters der Anklage, Professor Dr. Großmann, die auf Freisprechung mit nachgefolgtem Tode gestellte Hilfsfrage samt der Frage der mildernden Umstände, worauf Hoffkötter zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt wurde. Fünf Monate der Unterbringungshaft gehen ab.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Zweites Konzert des Mannheimer Trio.

Unter einheitlichem Kammermusikgenieße ließ seinen Beachtes, Mendelssohn und Schubert gewidmeten ersten Abend gestern ein Konzert folgen, das in den Entschleunigungen ein mehr musikalisches Vergnügen trug. Mit einem Trio Robert Schumanns, dessen Kammermusikwerken sie immer noch nicht die allseitige Beachtung zuteil wird, die sie verdienen, wurde das Konzert einleitet, mit einem dem Großfürsten Konstantin Nikolaewitsch gewidmeten Trio des Russen Eduard Kapranovitsch schloß dasselbe seinen Abschluß. Dieses Werk erschien hier als Neuheit. Dazwischen stand eine Sonate von Mozart (wie vermieden aber die Annäherung der Röhlfäden-Nummer auf dem Programm). Die Gaben waren also mannigfaltiger Art, und die Art, wie sie gestern geboten wurden, eine hohen Lobes würdige. Das Spiel war in hohen Grade ausgeglichen und vornehmlich. Technische Mängel und rhythmischer Schwung verhalten auch dem Werke des Russen, das neben prächtigen warmempfindlichen melodischen auch manche Stellen zeigt, zu zündender Wirkung.

Das abendöffnende b-moll-Trio von Robert Schumann op. 8 gehört zu den besten seiner Gattung. Gleich das Largo, welches von zwei kontrastierenden Themen beherrscht wird, offenbart einen tiefen Gehaltsreichtum, tiefes musikalisches Empfinden und kunstvolle thematische Arbeit. Ein kurzes Ritornell der beiden Streichinstrumente führt zu dem durch amulianer Beschlagung der Violine und des Cellos belebten Allegro, das allerdings in den brillant effektvollen Klavierpassagen gelegentlich die engagogische kammermusikalische Linie überläßt. Das mit Arpeggienklängen eingeleitete Allegro von Trio zeigt mehrfachen Takt- und Tonartwechsel. Es wird wiederholt von Klängen unterbrochen und mündet schließlich in einem gedämpften Capriccio, welches unter rhythmischen Anführungen an die Einleitung des Wertes in jarten Pianofortklängen laßt verhallt. Die Wiedergabe erreute durch Klarheit und laute Geschlossenheit. Herr Lehberger spielte den reichbedachten Klavierpart sehr klüßig und durchdringend. Herr Müller erzielte in den getragenen Sätzen durch mannlichen Ton und warmblütige Handhabung. Herr Birzigt, der schon im Trio seine musikalische Zuverlässigkeit bekun-

dete, erzielte besonders durch eine tönliche, warmempfundene Wiedergabe der Es-dur-Sonate von Mozart, deren prächtiger Mittelteil und reizvolle Partitongebilde in sichvoller Klarheit zu Gehör kamen. Ein höchst lobeswürdiges Spiel Herr Lehberger für die Pianoforte-Partie in der Klavierpartie im Allegro von Eduard Kapranovitsch G-moll-Trio op. 24, welches heute von der Kapell, Kapellmeister Rudolf Tischbein, ist ein Werk von höchstem Gehalt und warmer Melodik, aber ohne die ferne Vogell in der Gestaltung der Melodie, wie wir sie von unsern deutschen Meistern gewohnt sind. Wie köstlich wirkt das von Gellert im Jahre 1810 in der ersten Ausgabe, das nachher von Violina und Klarinet aufgenommen wird. Den sympathischsten Eindruck gewinnt man von Scherzo mit der Ueberrasslichkeit seiner Färbung und dem natürlichen Gedankenfluß. Velder finden sich neben so hübschen Stellen „empfindener Lust“ auch Absoluterhöhen. Schade, daß der Komponist, der übrigens auch durch seine Oper „Dobrotva“ bekannt ist, gerade im letzten Satze in gar zu derben Klüßlichkeit von uns verabschiedet. Geprägt wurde die Neuheit, welche hier Bruchstücke, indem nur für Mannheim verdient: denn das Trio ist schon über zwei Jahrzehnte alt und vortrefflich. Technisch: Virtuosität, rhythmisches Feingefühl, starker Temperament und Wohlklang der drei Instrumente halten auch über die Strecken hinweg. Unsere Künstler fanden mit Recht lebhaft Zustimmung. P. 31.

Theater-Nachricht.

Die Neuaufstellung von Gerhart Hauptmanns „Einsame Menschen“ wird von Herrn B. Böck in Szene gesetzt. Als nächste Neuheit wird die Uraufführung einer nachgelassenen Oper von Jacques Offenbach „Der Soldat im Lied von Toledo“, ein im Stile von „Hoffmanns Erzählungen“ gehaltenes Werk, vorbereitet. Die Inszenierung hat der Dramatiker übernommen, die Einstudierung leitet Herr Lederer. Das allgemeine mit großer Spannung erwartete Werk soll am 7. Februar in Szene gehen. Edwin Döhrer's etwamäßiger Klavierabend findet heute im Musiksaal, Beginn 7 1/2 Uhr statt. Wir erinnern an das musikalische Spiel dieses Künstlers in unsern musikalischen Akademien, zu welchen er infolge seiner

außerordentlichen Erfolge wiederholt gebeten wurde. Großes Interesse wird allenfalls dem heutigen Abend entgegengebracht. (Der Vorverkauf findet im Mannheimer Musikhaus statt.)

Vom freien Bund.

Infolge vorübergehender unvorhergesehener Umstände, insbesondere der außergewöhnlichen Schwierigkeiten bei der Nichtbill- und Wählerauslösung, mußte die Vortragsspaule vermindert werden. Das Wiederbeginnen der Vorträge erfolgt, sobald die Verhältnisse es gestatten. Die angekündigten Vorträge finden dann in rascher Folge statt — zunächst werden von Herrn Dr. Storz für Bundesmitglieder Führungen durch die Ausstellung „Das badiische Land im Bild“ veranstaltet, und zwar am Donnerstag d. 17. d. M., sowie am Samstag nachmittags 2 Uhr.

Eine Anregung.

Nach vielen Wochen einmal wieder in Theater! „Christus sein!“ Wie frisch es uns Herz! Die sonnigen Tage der Arbeit, die sorglose Jugendzeit, behält von treuen Eltern, Schwerk, die Tränen zurückhalten. In wunderbaren Bildern schweigen Geist und Gemüt, und leiser immer leiser verfliegen die letzten Akte der Musik. Stürmischer Beifall rauscht durch das Haus. Der Vorhang fällt. — Die Wirklichkeit tritt vor mein Auge. Ein Bild in die Tageszeitung, und raunend in entsetzlichen Gegenstand treten die Revolutionsbilder vor mein Auge. Es ist möglich, daß Menschen, die Werte wie das „Christus sein“ gesehen und begriffen haben, jemals sich wieder löst.

Und da kommt mir der Gedanke, daß es doch ein gutes Werk sein müßte, allen Kindern der Armen und Unbemittelten durch Sittungen Bekantheit zu geben, „Christus sein“ und andere, das Kinderherbe lebende und erziehende: Sätze zu schauen, und so herauszuheben, schon in früherer Jugend den menschlichen Idealen einheimlich zu geben in empfindlichen Szenen.

Wenn trübende Kindererben Dank und Freude zu spenden vermögen, an den wendet sich diese Anregung. Hoffentlich sind deren recht viele.

Direktor Rudolf Helmwig.

Der bekannte Karlsruher Maler, der bei Ausbruch des Krieges in England weilte und dort über 4 Jahre interniert war, ist jetzt wieder zurückgekehrt.

National-Theater
Dienstag, den 14. Januar 1919.
21. Vorstellung im Abonnement D 335

Die lustigen Weiber von Windsor
Anfang 6 Uhr. Mittel Stelle. Ende gegen 9 Uhr.
Kinea Otto

Bohle Spamer
Drei Kammermusik-Abende
im Kinosaal.

II. Abend: Mittwoch, 15. Januar, 7 Uhr
Chaconne für Klavier d-moll Bach-Bruno, Sonate für Klavier und Violine op. 96 Beethoven, 3 Klavierstücke aus op. 118 und op. 119 Brahms, Sonate für Klavier und Violine op. 78 Brahms.

Tageskarten Mk. 4.—, 2.50, 1.50, für Schüler halbe Preise, im Mannheimer Musikhaus P 7, 14a und Abendkasse.

Edwin Fischer
Klavierabend
Dienstag, 14. Januar, 7 1/2 Uhr im Musensaal

Bach: a) Benedetto Marcello: Konzert d-moll, b) Prälud. und Fuge c-moll, c) Toccata D-dur, Beethoven: Sonate op. 106, Schubert: Sonate op. 143, Chopin: Nocturne e-moll, Etude ges-Dur u. C-moll.

Karten 5.—, 3.—, 1.50 Mk. im Mannheimer Musikhaus, P 7, 14a und an der Abendkasse. [Nhs] Schüler halbe Preise.

Elisabeth Wachsmuth-Karian
Liederabend
Am Klavier: Professor Willy Rehberg.
Dienstag, den 21. Januar, 7 1/2 Uhr, Kasino
Vortragende: [Nhs]

Schubert — Brahms — Rottemberg — Mahler.
Karten 4.—, 2.—, 1.— im Mannheimer Musikhaus und an der Abendkasse.

Künstlertheater „Apollo“
Heute und morgen abends 7 Uhr: Lk110

Graf Habenichts

Jugendtheater, Liedertafelsaal, K 2, 32.
Sonntag, 19. Januar, nachmittags 3 Uhr
Max und Moritz.
Eine Subroggeschichte in 6 Bildern. Nach W. Busch.
Hierzu:
Tanz-Reigen: Frühlingsstimmen.
Musik von Johann Strauß. [Nhs]
Karten ab heute bei E. Sepp, U 1, 4, Telefon 1060.

Volks-Theater
U 1, 6

Program Nr. 1 199
vom 14. bis 17. Januar 1919
in jedem Programm

Persönliches Auftreten
Eugen Ronsberg-Durany
Die neuesten Experimente aus dem Gebiete der Gedankenübertragung
Neu im Mannheim. Ueberrall größten Erfolg.

4 Akte Außerdem 4 Akte
Wir gingen einen schweren Pfad
Sensationsreiches Film-Drama in 4 Akten
mit
Paul Wittels
der bestbekanntesten früheren hiesigen Hotschauspielerin
sowie das übrige Programm. W719

Aufruf
an sämtliche Friseurgehilfen!
Große Versammlung
Dienstag, 14. Januar, abends 8 Uhr
Stadt Süd, P 2, 10 Freie Aussprache!

Mannheimer Beamtenverein E. V.
Am Sonntag, den 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet im unteren Redenzimmer des „Rodensteiner“, Q 2, 16, unsere ordentliche
Mitgliederversammlung
für das Geschäftsjahr 1918 statt.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht; 2. Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastungsentscheidung; 3. Wahl des Verwaltungsrates und der Rechnungsprüfer; 4. Bericht über die Tätigkeit des Geschäftsjahrs; 5. Sonstige Anträge.
Wir laden hierzu unsere Mitglieder höflichst ein.
Der Vorstand. [Nhs]

An alle Austauschkriegler!
Da es unsere heilige Pflicht ist, unser Teil dazu beizutragen, daß unsere noch im Feindesland zurückgehaltenen Kameraden ihrerseits baldigst ausgewechselt werden, wird hiermit am Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 6 Uhr, eine Versammlung im Restaurant „Zum wilden Mann“, hier, N 2, 13, einberufen.
Am zahlreiches Erscheinen bittet [Nhs]

Der beauftragte Einberufer:
Reles.

Deutsche Demokratische Partei
(Frauengruppe Lindenhof)

Einladung
auf
Dienstag, den 14. Januar 1919
abends 8 Uhr
in die Restauration zum „Rheinpark“
Zwei Vorträge: von Frau Dr. Ullmann:
Die Verhältniswahlen
und von Fräulein Schumacher
Die Frauen und die deutsche National-Versammlung.
Eintritt frei!
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Deutsche Demokratische Partei.
Paritzschstraße: Fernsprecher 6199, Kafferring 4/6, C 2, 21/22, Fernsprecher 6199.
Kunststraße: D 1, 5/6.

Bezirks-Versammlungen:
Unterstadt (östliche und westliche Bezirke):
Dienstag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal der „Diebstahl“ K 2, 21/22.

Jungbusch-Mühlau:
Dienstag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Prinzregent Palast“, Zellstraße 13.

Schwetzingenstadt:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Großen Feld“, Sedanstraße 72.

Oberstadt (östlich):
Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im „Franken“, M 2, 12.

Neckarstadt (links der Waldhofstraße):
Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Blau“, Vöhringstraße 11.

Deutsche Stadterweiterung:
Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Bergschloß“, Heidebrunnstraße 2.

Unsere Mitglieder, Männer und Frauen, sind zu zahlreichem Erscheinen dringend eingeladen.

Öffentliche Versammlungen

Waldhof:
Dienstag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in der „Harmonie“, Alte Frankfurterstraße 20.
Redner: G. Wittig, Dr. Wähler, Stöcklein.

Sandhofen:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Adler“, Redner: Stabs. G. Knobel und Prof. Vogt.

Siedelheim:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Tobackhof“, Redner: Dr. Hoffhard, Fräulein Hegele und Stadt. [Nhs]

Leutershausen:
Dienstag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Hirsch, Redner: Stadtpfarrer Vogt, Prof. Meyer.

Rühlsachsen:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im „Stern“, Redner: Dr. Groß, Herr Sellheimer.

Weinheim:
Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Tring“, Redner: Hauptlehrer Scheel, Handelskammerpräsident Engelbach.

Ofersheim:
Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Hirsch“, Redner: Dr. Hoffhard.

Räfertal:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Pflug“, Redner: Dr. Weigler, Dipl.-Ing. Heilrich.

Plantstadt:
Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Adler“, Redner: G. Wittig, Dr. Vogt, Stadtrat Knobel.

Schriesheim:
Donnerstag, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Hirsch“, Redner: Stadtpfarrer Raack, Heideberg.
Alle Männer und Frauen sind zu zahlreichem Erscheinen freundlichst eingeladen. [Nhs]

Mannheimer Ruderverein „Amicitia“ (E. V.)
Einladung
zur
ordentlichen
Mitgliederversammlung
am Samstag, 25. Januar 1919,
abends 8 Uhr, in den Räumlichkeiten des Vereinshauses,
(Paul Wirtzmaier). [Nhs]

Rückers auch wegen des Begrüßungsabends für die aus dem Felde Zurückgekehrten ist aus dem ergangenen Rundschreiben zu entnehmen.
Der Vorstand.

Reparaturen
in Maurer-, Dachdecker-, Spengler-, Installationsarbeiten, sowie Neuarbeiten werden prompt und fachgemäß ausgeführt. [Nhs]

SCHNEPF & Co.
Leisoring 25 Mannheim Telefon 5442

Institut Sigmund Mannheim
A 1, 9, am Schloß, Gogr. 1894. Tel. 4742.
Am Grund mehrerer Anmeldungen beginnt am 20. Januar 1. Jg. ein neuer
Abendkurs zur Überschaubarkeit bzw. Einl.-frei.-Prüfung.
Fortgeschrittene können in einem der bestehenden nicht Abendkurse einsteigen. Ebenso finden Aufnahmen in die Abiturientenkurse statt. Seit 1914 gingen aus der Anstalt
144 Einjährigere
hervor. Derselbe ist und Auskunft durch den Direktor
H. Sigmund.

Zahn-Atelier, J 4, 7-8
B. Markowitz [Nhs]
Sprechstunden von 9-12 u. 2-6 Uhr

Nach 4-jährigem Kriegerdienst nehme ich meine
frühere Praxis als Augenarzt in Mannheim L 14, 15
am 20. Januar 1919 wieder auf.
Sprechstunden werktags 10-12, 14-5 Uhr.
Fernsprecher No. 2276. [Nhs]

Dr. Adolph, Augenarzt,
L. 14, 15, Erdgeschoss, am Kafferring.

Wiedereröffnung und Empfehlung.
Meiner alten Kunden, Freunden u. Gönnern,
sowie einer verehrt. Nachbarschaft zur Kenntnis,
daß ich mein
Friseur-Geschäft
früher U 1, 27 infolge des Krieges nach
G G, 5 (Haltstelle Apollo)
verlegt habe und morgen wieder eröffnen werde.
Gleichzeitig empfehle ich mein Zigarren-
und Zigaretten-Geschäft.
Peter Keller, friseur.

Gummistempel
Tür- und Firmenschilder
in Email und Metall
Schablonen u. Signierfarben
Stempelpressen und Stempelfarben
Siegelmarken u. Etiketten
Tel. 5400 [Nhs]

Eckert & Werre, Mannheim F 3, 1
Gravier- und Prägeanstalt, Siegel-
marken und Stempelfabrik.

Batterien 45, 75, 95 Pl.
Solange Vorrat reicht. [Nhs]

Wagners Verkaufsstellen
Q 3, 21, Meerfeldstraße 23, Schwetzingenstraße 48

Eröffnung 15. Januar 1919
Medizinisches Laboratorium
N 7, 18 Schenk & Bassermann Tel. 2446
Geöffnet Werktags: 9-12 vorm. 1653
3-5 nachm.

Ein Jeder
Wachtel, S 4, 6
Papier, Lianchen, El-
sen, Lumpen, Kellern,
u. Speisebergersämpel.
Telephon 7018

Brennholz abzugeben.
H 7, 4 Jean Biz, H 7, 4
Telephon 4827.

Sem.-Email-Bilder-Schmuck
als Broschen, Anhänger, Medallions, Man-
schettenknöpfe. Dauerndes Andenken an
unsere Lieben im Felde. Große Auswahl
Billigste Preise. J. Kraut, T 1, 3.

Schwers und leichte
Arbeitsgeschirre
iefert hierher [Nhs]

Jakob Schweitzer, Safflerai, Tel. 213.

Polze -- Muffe -- Pelzhüte
werden umgearbeitet, gefüttert zu billigen
Preisen. Lampenschirme werden angefertigt. [Nhs]

Geschwister Schrag, N 3, 7-8.

Bekanntmachung.
Die Gemeinde verleiht am Freitag, den 17. Januar
ds. Mts., nachmittags 3 Uhr auf dem Rathaus hier einen
abgängigen [Nhs]

fetten Ziegenbock
an den Weidblättern gegen Borsagung.
Waldhof, den 13. Januar 1919.
Das Bürgermeisterei: Witt.

Ämtliche Versteigerungen der Stadtgemeinde
Mittwoch, den 13. Januar sollen folgende Sachen
I. Für die Versteigerung:
Butter: Für 1/2 Pfund Butter die Buttermarke 7
in den Verkaufsstellen 291-400.
Zeit: Für 1/2 Pfund Margarine (das Pfund kostet
2.00) die Buttermarke 72 in den Butterver-
kaufsstellen 201-300.
Sardellen: In den Verkaufsstellen 500-1400 für
4 Pfund die Sardellenmarke 100.
Käse: oder Buttermark: Für 1/2 Liter die Marke 7.
Sardellenmarken: Für 1 Pfund (das Pfund kostet 1.00) die
Kolonialwarenmarke 108 in den Verkaufsstellen
1-1000.
Für 1/2 Liter zu 18 Pf. die Kolonialwarenmarke 87
der alten Kolonialwarenmarke in den Verkaufsstellen
601-700.

II. Für die Verkaufsstellen.
Anr Abgabe sind bereit:
Butter: Für die Butterverkaufsstellen 291-400 am
Mittwoch, den 13. d. Mts. [Nhs]

Städtisches Lebensmittelamt C 2, 16/19

Versteigerung
gegen Abtrennung der Marke 18 bis einschließlich 28 der
roten Versteigerungsliste je 1/2 Liter -- 8 Liter;
gegen Abtrennung der Marke 6 der blauen
Liste je 1/2 Liter in den laut Bekanntmachung vom
7. 11. 18 bezeichneten Verkaufsstellen.
Regen
gegen Abtrennung der Marke 17 der roten Liste
eine Regal;
gegen Abtrennung der Marke 5 der blauen
Liste in den bekanntgegebenen Verkaufsstellen.
Gardis
bezuglosfrei in den 11. Bekanntmachung vom
20. Oktober 1918 bezeichneten Verkaufsstellen zum
Preis von 1.00 für das Stilo ohne Verpackung.
Mannheim, den 9. Januar 1918. [Nhs]

Städt. Petroleumverteilungsbüro.
Gewerkschaft Mannheim.
Es ist beabsichtigt, bei genügender Beteiligung
einen **Verbreitungskurs zur Wehrerfüllung**
abzuhalten. Der Kurs dauert 10 Wochen.
Der Unterricht findet 5mal wöchentlich abends
statt. Das Schulgeld beträgt 10 Mark für den gan-
zen Kurs.
Anmeldungen werden auf der Kanzlei der Ge-
werkschaft -- C 6 -- entgegengenommen.
Mannheim, den 12. Januar 1918. [Nhs]

Das Sekretariat.
Morgen früh auf der Hauptkassendirektion, Kassa-
nummer 3300. [Nhs]

Bekanntmachung.
Wir bringen folgende Vereinbarung hiermit
zur Kenntnis:
Die der Sozialdemokratischen Partei und die der
unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ansehn-
lichen Mitglieder des Arbeiterrates sind sich darüber
einig, daß der politische und wirtschaftliche Kampf
ein geordneter sein muß und daß Gewalt nicht ange-
wendet werden darf. Sie erklären sich ausdrücklich
gegen jeden Terror, Putsch und ähnliche Gewalt-
akte, sowie gegen jede die öffentliche Ruhe störende
Handlung. Sie erklären sich insbesondere gegen
jede Handlung, die geeignet ist, die Welt zu der
deutschen Nationalversammlung, den Antritt
und die Arbeit der Sozialen und Deutschen Na-
tionalversammlung zu hindern, solange sich diese
Arbeit nicht gegen die Unruhestiftungen der Revolu-
tion, oder die Durchführung der sozialistischen Grund-
sätze richtet. Gewalt darf nur angewendet werden,
wenn die Revolution durch eine Gegenrevolution,
von welcher Seite sie auch kommen mag, gefährdet
wird, oder wenn es zur Abwehr von gemäßigten
Angriffen erforderlich ist. Es die Voraussetzungen
zur Anwendung von Gewalt in diesen Fällen abge-
hen ist, entscheidet in Mannheim der Volksaus-
schuß durch Mehrheitsbeschluß. In Fällen dringender
Gefahr entscheidet der Leiter der Volkswacht in Ge-
meinheit mit der ihm bekanntgebenen Kommission.
In diesem Falle ist die nachträgliche Genehmigung
des Volksauschusses einzuholen. Wenn die Vor-
aussetzungen der revolutionären Abwehr vorliegen,
beteiligen sich beide Parteien in der vom Volksaus-
schuß zu bestimmenden Weise an den Abwehrhand-
lungen.
Im Übrigen, soweit darauf nicht abgeteilt wird,
ist jede politische Bestimmung frei. [Nhs]

Mannheim, den 13. Januar 1918. [Nhs]

Der Volksauschluß des Arbeiterrates Mannheim:
Gen. Richter, Dörner, Eick, Reineck, Dr. Orlitzky,
Kuhlen, O. Hummer, Selinger, Diemer.

Bekanntmachung.
Die Ausstellung von Entlohnungs- und Verfüg-
ungsbüchern findet am Mittwoch, den 13. Januar 1919
ab hier nach vormittags von 8.30 Uhr bis 12 Uhr in
E 2, 16, Saal 7, statt. [Nhs]

Mannheim, den 12. Januar 1919.
Versteigerungsamt.

Versteigerung.
Im Auftrag versteigere ich
Mittwoch, den 15. Januar
mittags 3 Uhr
in Neckarau — Gummiabrik — Ein-
gang Gummistraße, frühere Kriegsgesellschaft,
einige tausend Horden
90 x 132, bestehend aus einem Holzrahmen
mit Drahtgeweb: gespannt. [Nhs]

Geirich Seel, Auktionator
Q 4, 5 Telephon 4506.

Freiwillige Versteigerung einer Villa.
Aus dem Nachlaß der Frau Hugo Karas Wilm
in Mannheim wird auf Antrag der Erben das Grundstück
Zgh. No. 9125 in der 1. Stadt zu Mannheim, Chertzen-
straße 1, Ecke Hildestraße
Villa zum Alleinbewohnen
mit zehn Zimmern, Diele und reichlichen Nebenräumen,
Teilen, sowie Vorgarten, angekauft zu 120.000 Mk., am
Montag, 27. Januar 1919, nachmittags 11 Uhr,
im Notariat B 4, 1, Zimmer No. 24, an den Weißbleichen
öffentlich versteigert. Der Zuschlag erfolgt, wenn mindestens
die Schätzung geboten wird. Die übrigen Versteigerungs-
gebühren können hier während der Amtsstunden eingehoben
werden. Wegen Besichtigung wende man sich an Herrn
Ordentliches Landmittel hier, Holzengartenstraße 12.
Mannheim, den 7. Januar 1919. [Nhs]

Notariat III.